



**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
lokalen Medien

11.02.04

Barrierefreiheit

Presseerklärung

Auch in Wahlkampfzeiten sollte die CDU nebst ihrem Oberbürgermeisterkandidaten mit einem Minimum an politischer Korrektheit agieren und auf bloße Effekthascherei verzichten. Die CDU behauptet, SPD und GRÜNE boykottierten den Wunsch der CDU, Barrierefreiheit für Behinderte konkret umzusetzen.

Leider unterschlägt Herr Hengstenberg, obwohl er sich persönlich erinnern müsste, dass die CDU gleich zweimal einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnte, der die Forderung nach einer beschleunigten Umsetzung der Barrierefreiheit in dieser Stadt verlangte.

Dazu erläutert Fraktionssprecherin Daniela Schneckenburger: „Zuletzt gab es anlässlich des Beitritts der Stadt zur Erklärung von Barcelona einen umfangreichen Antrag unserer Fraktion, der unter anderem die Forderungen enthielt, unabhängig von den anstehenden landesgesetzlichen Regelungen die Stelle eines Gleichstellungsbeauftragten für behinderte BürgerInnen einzurichten und eine Prioritätenliste für die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes und der Gebäude zu erstellen.

Der umfangreiche Antrag wurde von der CDU mit den Stimmen der SPD im letzten Jahr abgelehnt. Um den Prozess gleichwohl voranzutreiben und in dem Wissen, dass der amtierende Oberbürgermeister mauert, was die höhere Gewichtung der Gleichstellung von Behinderten angeht, ist der letzte mit der SPD gemeinsam erarbeitete Antrag gestellt worden. Er ist insofern positiv zu bewerten, als die Verwaltung auch gegen den Willen von Herrn Langemeyer



**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

gezwungen ist, Varianten der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes zu prüfen, um eine auch in finanzieller Hinsicht verantwortbare Lösung zu finden.“

Die Ablehnung des CDU-Antrages basierte einzig und allein auf der Tatsache, dass die Forderung der CDU mit dem weitergehenden Antrag von SPD und GRÜNEN abgedeckt war.

Daniela Schneckenburger: „ Die CDU wäre gut beraten, ihren wahlkampfbedingten Aktionismus zu drosseln statt in derart unaufrichtiger Weise als Retter der behinderten Menschen aufzutreten, während zuvor jeder Versuch, konkrete Maßnahmen zu beschließen, auch und gerade an der CDU scheiterte. Hier wird die Profilierung des CDU-OB-Kandidaten auf dem Rücken von benachteiligten Menschen betrieben, die das zuallerletzt brauchen.“